

di schwarzi chatz

Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz
www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch



Hochkonjunktur und kein LMV

Neun Monate Verhandlungen um einen neuen Landesmantelvertrag (LMV) und immer noch kein Ergebnis: Das Bauhauptgewerbe ist seit Anfang Januar ohne Kollektivvertrag.



Editorial

Letztes Jahr wurde gefeiert. Hundert Jahre Gesamtarbeitsverträge (GAVs) und Sozialpartnerschaft. Doch das hochgelobte Wundermittel der Zentralgewerkschaften scheint nicht mehr so zu funktionieren wie auch schon, oder hat es gar nie wirklich funktioniert? Was hat uns die BittiBätti-Politik gebracht?

Es scheint z.B. so als hätte es die Unia wieder einmal geschafft nichts zu erreichen. Sie hat einen ihrer grössten Kollektivverträge verloren und die Bauarbeiter_Innen stehen bis mindestens Ende Februar ohne LMV da. Gerade in jener Branche, in welcher es schon längst keine Ausnahme mehr ist, wenn einE Arbeitgeber_In sich nicht an die vertraglichen Arbeitsbedingungen hält und nicht selten auch die gesetzlichen Bestimmungen umgangen werden. Die drittgrösste Zentralgewerkschaft, Syndicom, scheint auch Schwierigkeiten zu haben. Swissprinters schliesst einen Standort nach dem anderen und Syndicom scheint unfähig etwas dagegen zu tun. Gleichzeitig sind noch die Nachtzuschläge der Zeitungsdrucker_Innen in Gefahr. Immer öfters scheinen Arbeitgebende den Dialog mit den Gewerkschaften zu verweigern. Immer mehr Arbeitnehmende verlieren den Glauben an die Gewerkschaften. Es wird Zeit, dass sich die Arbeitnehmenden zusammen und vor allem selbstbestimmt organisieren, unabhängig von Zentralgewerkschaften und Sozialpartnerschaft. So entscheidet z.B. die Belegschaft der Officine Bellinzona selbst darüber was sie von der SBB fordern und mit was sie einverstanden sind.

Eure FAUistas

Aus dem Inhalt

- 100 Jahre GAV.....3
- Stellenabbau bei der Post zu erwarten.....4
- Officine Bellinzona: neue Phase der Mobilisierung5
- Swissprinters schliesst weiter...6
- Der öffentliche Raum.....7
- Kultur.....10
- Buchtipp.....11
- Rechtliches.....12

Mitte Dezember sah alles noch anders aus: Die Unia akzeptierte die vom Schweizerischen Baumeisterverband (SBV) geforderte Verlängerung des bisherigen LMV inklusive einer Lohnerhöhung von 1.5%. Doch der SBV hatte Blut geleckt und wollte noch schlechtere Verträge. Bis mindestens Ende Februar wird dies auch so bleiben, denn bis mindestens dann gibt es gar keinen LMV. Das Risiko, dass massive Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden, die dann im neuen Vertrag festgeschrieben werden, ist äusserst hoch: Die Unia liess sich sehr schnell vom SBV erpressen, als dieser sich wegen einiger kleinen

(weiter auf Seite 2)

kein LMV (von Seite 1)

Aktionen der Zentralgewerkschaft weigerte weiter zu verhandeln und eine Unterschriftenaktion zur Verlängerung des LMV lancierte. Damit wollte er die Gewerkschaften umgehen und direkt die Arbeiter_Innen unter Druck setzen.

Wachstum auf dem Bau

Die Vertragsverhandlungen finden in einer Zeit statt, in der es selbst in der jetzigen Wirtschaftslogik nicht schwer fallen sollte, einen besseren LMV abzuschliessen: Der Bau ist nicht von der schlechten Konjunkturlage betroffen, selbst nach den eigenen Zahlen des SBV stiegen im Bauhauptgewerbe die Umsätze um 1,7 Prozent auf über 5,6 Milliarden Franken. Einzig im Bereich Wirtschaftsbau¹ nahmen die Umsätze ab (um -11,5%).

Vor allem aufgrund niedriger Hypothekenzinsen wird in der Schweiz seit einigen Jahren wie wild gebaut. So viel, dass bereits einige Ökonomen und die Schweizerische Nationalbank vor einer Immobilienblase warnen. Ein eher unwahrscheinliches Szenario, welches sich, bei Eintreten v.a. auf den Bereich der Luxusimmobilien beschränken würde.

Gute Ausgangslage für Gewerkschaften?

Dies ist eigentlich eine gute Ausgangslage für die Bauarbeiter_Innen und die Gewerkschaften, um bessere Bedingungen durchzusetzen: Die Macht der Arbeiter_Innen ist grösser, wenn ihre Arbeitskraft dringend benötigt wird. Dazu kommt, dass die Gewerkschaften in den jetzigen Verhandlungen nicht viel verlangen: Die Forderungen sind so gut nachvollziehbar, dass es dem SBV schwer fällt seine Position öffentlich zu rechtfertigen. Vor allem wenn es um die Forderungen neben den üblichen Lohnerhöhungen geht: Wiedereinführung des Schlechtwetter-schutzes, besserer Schutz bei Krankheit und Unfall und dass die Verant-

wortung für Lohndumping auch beim Generalunternehmer liegt. Trotzdem gelingt es den Zentralgewerkschaften nicht, die durchaus vorhandene Wut der Bauarbeiter_Innen in grössere Aktionen oder Streiks umzusetzen. Vor allem in der Deutschschweiz haben sie enorme Mühe irgendetwas zu Stande zu bringen. Ein Grund dafür könnte sein, dass der Organisationsgrad auf den Baustellen tiefer ist. Dazu kommt, dass trotz der höheren Bautätigkeit die Zahl der Festangestellten sinkt – innerhalb eines Jahres um knapp 3 Prozent. Dies ist ein Indiz dafür, dass immer mehr Arbeit von immer weniger Arbeiter_Innen erledigt wird. Diese Annahme widerspricht auch keineswegs der Begründung des SBV, dass dieser Rückgang ein Ausdruck des langfristigen Trends zu vermehrtem Einsatz von Maschinen und vorgefertigten Bauteilen sei. Viel-



mehr geht es um die zunehmend flexibleren Anstellungsmodalitäten.

Trotz der eigentlich guten Ausgangslage sehen die Baumeister wenig Spielraum: Obwohl das BFS steigende Baupreise feststellt, sind sie pessimistisch und rechnen für das nächste Quartal mit sinkenden Baupreisen. Die Preise hätten seit 2009 nicht stark angezogen und die Lage sei deshalb weiterhin angespannt. Dieser Aussage müssen aber zwei Zahlen entgegengesetzt werden: Gemäss Unia und Syna ging bei anhaltendem Bauboom die Zahl der im Sektor Beschäftigten um 3,5 Prozent zurück, der Umsatz der Baufirmen stieg gleichzeitig um 3,1 Prozent. Wie das geht? Mit mehr Arbeitshetze und Lohndumping (siehe di schwarzi chatz #15). Beides hat miese Arbeitsverhältnisse zur Folge: Bei der Sicherheit (Ge-

rüste, Arbeitsabfolgen) wird gespart und unter riesigen Zeitdruck passieren den Bauarbeiter_Innen mehr Unfälle - den anhaltenden Boom auf dem Bau müssen die Bueezer_innen also mit ihrer Gesundheit bezahlen.

Unia überfordert

Trotz dieser eigentlich guten Voraussetzungen wirkt die Unia wie gelähmt: An einem „nationalen Aktionstag“ der gemeinsam mit der Syna organisiert wurde, streikten laut Medienberichten nur rund 7'000 Bueezer_Innen. Die Demos, welche den Aktionstag begleiteten waren entsprechend kümmerlich: In Bern demonstrierten 300 Leute, wovon rund fünfzig Unia-Funktionär_Innen waren, in Zürich waren es gar nur 250 darunter ebenfalls rund fünfzig Funktionär_Innen. In der Westschweiz demonstrierten dann wenigstens einige mehr: 1'500 in Lausanne und 4'000 in Genf. Im Tessin liessen sich kurz nach dem „nationalen Aktionstag“ immerhin 2'000 Bueezer_Innen mobilisieren.

Angesichts dieser äusserst tiefen Zahlen, ist es kein Wunder, dass sich die Unia vom SBV so leicht erpressen lässt. Für die weiteren Verhandlungen sieht es deswegen zappenduster aus: Mit grösseren regionalen Streiks können die Zentralgewerkschaften nur in der Westschweiz und im Tessin rechnen. Zu vermuten ist, dass sie in der Deutschschweiz versuchen werden gezielt Prestigebaustellen zu blockieren, damit auch dort nicht gearbeitet wird. Dies erfordert dann wiederum einen hohen personellen Aufwand für die Gewerkschaften, was eine Ausweitung der Streiks, zum Beispiel auf das Bauneben- oder das Betontrenngewerbe dann praktisch verunmöglicht.

Gemäss dieser Einschätzung können die Zentralgewerkschaften also kaum einen Druck auf die Chefs ausüben und verhandeln also aus einer Position der Schwäche, was das für die dann ausgehandelten Verträge bedeutet, lässt sich leicht ausmalen.

SBV kämpft mit allen Mitteln

Auf der anderen Seite steht der Baumeisterverband, der sich mit dem Verweis auf die tiefer prognostizierten Baupreisen ein Argument zurecht gebogen hat und nicht auf die Kollektivverträge angewiesen ist. Die Baumeister sitzen in Verhandlungen am längeren Hebel. Und damit dies so bleibt, ist sich

¹ Bauten für Gewerbe und Industrie

der SBV keinen schmutzigen Tricks zu schade: So verklagte er wegen den wenigen Streiks am 25. November die Unia wegen „Verletzung der Friedenspflicht“. Fast im selben Atemzug verkündete der SBV, dass er nicht mehr mit der Unia verhandeln werde, sondern nur noch mit Gewerkschaften welche „den Arbeitsfrieden respektieren“, verhandeln werde. Dazu kam dann unter anderem noch die erwähnte Petition für die Verlängerung des alten LMV. Diese Petition wurde an die SBV-Mitglieder versandt mit der Aufforderung diese „unterschreiben zu lassen“. Mit dieser sollte also in der Öffentlichkeit einen Willen der Baubüezer_innen zur Vertragsverlängerung vorgegaukelt werden.

Grenzen der Sozialpartnerschaft

Die ganze Auseinandersetzung um den LMV zeigt deutlich auf, wo die Grenzen der in der Schweiz so hochgelobten Sozialpartnerschaft liegen: Solange die Gewinne der Unternehmen ständig wachsen, kann um ein grösseres Stück des grösseren Kuchens gefeilscht werden. Wenn die Gewinne aber stagnieren oder zurückgehen, versuchen die Unternehmen ein grösseres Stück vom gleich grossen Kuchen zu bekommen, damit trotzdem mehr Gewinne eingefahren werden können. In diesem Moment muss das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiter_Innen verschoben werden, sonst gehen diese leer aus. Die Zentralgewerkschaften wollen aber nicht ernsthaft kämpfen,

da sie ihre Mitgliedschaften mit abgeschlossenen Kollektivverträgen bewerben. Um solche abzuschliessen, sind sie aber auf den Goodwill der Arbeitgeberverbände angewiesen.

Das hat dann zur Folge, dass die Arbeiter_Innen der Zentralgewerkschaft nicht mehr vertrauen und diese noch schwächer wird. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, müssen wir alle selbst aktiv werden. Der Funktionär in der roten Jacke kann nicht für uns kämpfen und sein Chef kann selten bessere Verträge durchsetzen, also müssen wir es selber tun!

smf

Hundert Jahre GAV

Ein Grund zum feiern?

Vor hundert Jahren wurden in der Schweiz die Gesamtarbeitsverträge eingeführt. Dies musste am 24. November 2011 natürlich ausgiebig gefeiert werden.

Die Arbeitgeberverbände und die Arbeitnehmerverbände, die sogenannten „Sozialpartner“, sassen in einträchtiger Seligkeit nebeneinander im Festsaal und lauschten stolz und ergeben einer Rede vom Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann (der selber auch Unternehmer ist). Schneider-Ammann sprach davon, dass schlussendlich jeder GAV auf einer sozialpartnerschaftlichen Vertrauensbasis beruhe. Dieses Vertrauen könne aber nicht einfach eingefordert werden, es müsse immer wieder neu verdient werden: „Vertrauen schenkt man sich dann, wenn man sich aufeinander verlassen kann“.

Arbeitsfrieden?

Dieser Satz stimmt in jeglicher Hinsicht. Aber nur wenn wir uns vergegenwärtigen für wen. Die Arbeitgeber_Innen sind in den letzten Jahren mehr als sonst bemüht Verträge zu unterlaufen (wie zum Beispiel Die Post und die ewb auf ihren Baustellen), Löhne zu kürzen (wie der Baumeisterverband dies in den LMV-Verhandlungen versucht), die Löhne in Euro auszuzahlen (wie es zum Beispiel die Verpackungsfirma Mopac versuchte) und Arbeiter_Innen trotz guten Geschäftszahlen zu entlassen (wie im letzten Herbst Huntsman und No-

vartis) oder kurz gesagt: ihr Geschäftsrisiko auf die Arbeiter_Innen abzuwälzen. Wie kann da von „Vertrauen“ von „fair“ und von „Sozialpartnerschaft“ gesprochen werden?

Unter den Arbeiter_Innen steigt auf Grund dieser Verarschungen und Wortbrüchen immer mehr der Unmut, es entstehen deswegen Ansätze selbstverwalteter Arbeitskämpfe (wie in Deisswil und Domat/Ems) und immer mehr können die Zentralgewerkschaften den Ruf nach Streik nicht unterdrücken. Trotzdem gehen in der Schweiz, wie die NZZ freudig festhält, „äusserst wenige Arbeitstage durch Streiks verloren.“

Auf wen bezieht sich also der Satz des Bundesrats? Es bleibt noch eine dritte Partei übrig: Die Zentralgewerkschaften. Auf sie ist Verlass, ihnen können die Arbeitgeber_Innen und sollen die Arbeiter_Innen Vertrauen. Sie wahren den sozialen Frieden der Arbeitgebenden, der laut Schneider-Ammann „ein wichtiger Vorteil für den Wirtschaftsstandort Schweiz ist“. Die krude Ideologie dieser „Gewerkschaften“ offenbart sich in besonders absurder Weise auf der Homepage des Schweizerischen Papierarbeiterverbands (SPV): So sind zum Beispiel die Gewinne der Bosse wichtiger, als die Solidarität mit damals streikenden finnischen Arbeiter_Innen:

„Betont doch der Chef von M-real Biberist Nicolas Mühlemann zu Fragen betreff[end] dem Streik in Finnland: „Diese Situation bringt wieder einmal einen wesentlichen Vorteil der Schweiz zum Vorschein: den Arbeitsfrieden! So ein Szenario ist in unserer Fabrik kaum vorstellbar. Ich bin überzeugt, dass sich damit auch unsere Position innerhalb des Konzerns erneut stärkt! Man könnte also sagen, dass wir vom Streik auf zwei Arten profitiert haben.“ Dass diese Aussage völliger Blödsinn ist, wurde bereits offensichtlich als die Papieri Biberist von m-real an den südafrikanischen Papierkonzern Sappi verkauft wurde. Unübersehbar falsch wurde die Aussage dann im Frühling 2011, als die Papieri sang- und klanglos geschlossen wurde. Dass die ebenso gut rentierende, wie ausgelastete Papieri geschlossen wurde, liegt wahrscheinlich vor allem am vom SPV beschworenen „Standortvorteil“: Von einer Belegschaft, die ihr ganzes Vertrauen in eine zahnlose, den Bossen dienende Organisation steckt, muss kaum Widerstand erwartet werden. Und da Sappi ein Werk nicht aus einer finanziellen Notlage heraus, sondern im Interesse eines grösseren Profits ein Werk schliessen wollte, fiel die Wahl auf Biberist.

(weiter auf Seite 4)

100 Jahre GAV (von Seite 3)

Der SPV ist so sehr im Denkschema der Bosse gefangen, dass auf ihrer Homepage sogar folgende Sätze stehen: „Eine Gewerkschaft mit zuviel Macht kann einen Betrieb ruinieren. Auch hier gilt Mitbestimmen heisst auch Mitverantwortung und Mitbezahlen. Welche Gewerkschaft kann das heute noch?“

Zentralgewerkschaften: gewollt zahnlos?

Doch auch wenn die anderen Zentralgewerkschaften weniger von den Firmen gesteuert werden, als der SPV, ändert sich das Bild kaum. Die grösste Zentralgewerkschaft in der Schweiz Unia, die Neumitglieder fast nur über ihre Rechtsschutzversicherung anlocken kann, leistet sich fast ebenso drastische Wortbrüche gegenüber den Arbeiter_Innen, wie die Arbeitgebenden. Von der Belegenschaft der Karton Deisswil wurde zum Beispiel ein Blankomandat gefordert, um einen „guten und vorbildlichen“ Sozialplan zu verhandeln. Im Endergebnis hat bis heute noch niemand den Sozialplan gesehen, geschweige den ganzen Wortlaut gelesen. Und ausgezahlt wurde der Sozialplan auch niemandem, da dieser anscheinend extrem lückenhaft ist (nachzulesen in: Der geplante Tod einer Fabrik, Boll 2010). Die Strategie des Käufers der Deisswiler Kartonfabrik ist eher, die Arbeiter_Innen einer nach dem anderen zur Kündigung zu drängen. Dies geschieht vor allem mit dem Argument, dass in Deisswil keine langfristige Zukunft bestehe.

Dazu kommt, dass die Strategie der „Sozialpartnerschaft“ dazu führt, dass die vertragswilligen Gewerkschaften

Gesamtarbeitsvertrag



Gültig ab 1.1.2002
Revidierte Fassung vom 1.1.2009



GEWERKSCHAFT KOMMUNIKATION



DIE POST

sich so sehr an der Idee von Verträgen fest beissen, dass sie unter allen Umständen verhindern wollen zu kämpfen. Mit Kämpfen könnten ja die „Sozialpartner“ abgeschreckt werden und diese dann eine „weniger konfrontative“ Gewerkschaft vorziehen – so werden bei Verhandlungen oft die Unia und die Syna gegeneinander ausgespielt. Die Konsequenz ist, dass die Zentralgewerkschaften sich oft mit aller Mühe zu einigen kleinen Kampfmassnahmen durchringen können, wenn ein Vertrag

Zu feiern gibt es zum Thema GAV nur für andere: Für die Bosse, die in Ruhe von unserer Arbeitskraft profitieren dürfen und für die oberen Gewerkschaftsfunktionäre, die sich dank den Heilversprechungen der GAV ihren nicht gerade mageren Lohn finanzieren können.

smf

Stellenabbau bei der Post zu erwarten

Gleichzeitig mit der Bekanntgabe einer Zusammenarbeit zwischen der schweizerischen und der französischen Post gab erstere bekannt, dass der Geschäftsbereich Swiss Post International (SPI) aufgeteilt wird. Sowohl die Post, als auch Syndicom und transfair gehen davon aus, dass dies zu Stellenabbau führen wird.

Die Zeitung „Der Bund“ zitiert dazu die Post: „Mittelfristig kann die Schaffung neuer Synergien zu einem Abbau von Stellen führen.“ Syndicom und transfair reagierten mit einer nahezu identischen Medienmitteilung. In der Mitteilung von

Syndicom heisst es zum drohenden Stellenabbau: „Das Aufteilen des Inlandgeschäfts von SPI auf die Bereiche PostMail und PostLogistics ist ein rein betriebswirtschaftlicher Entscheidung, den es von gewerkschaftlicher Seite nicht zu kommentieren gilt. Für syndicom steht jedoch fest, dass es bei den Anstellungsbedingungen der Mitarbeitenden von SPI und deren Tochterunternehmen (SPIMAG und SPILOG) keine Verschlechterungen geben darf.“ Damit signalisieren die beiden Verbände keinen grossen Widerstand einer zu erwartenden Verschärfung der Arbeitsbedingungen entgegensetzen zu wollen. Mit dieser

Carte blanche der „Gewerkschaften“ dürfen für die Post auch Entlassungen in Betracht kommen, was bis jetzt mit Verweis auf eine „soziale Verantwortung“ der Post verneint wird.

Kleine Nachbemerkung:

Dass Syndicom und transfair das Unternehmen Post nicht kritisch betrachten und auf keinen Fall zu diesem auf Distanz, geschweige denn Konfrontation gehen wollen, spricht aus der Wahl des Bildes beider Verbände zu ihrer Medienmitteilung: lapidar steht daneben „© Die Schweizerische Post“.

smf

Officine Bellinzona - Eine neue Phase der Mobilisierung

Der Streik der Arbeiter der SBB-Werkstätten (Officine) in Bellinzona im Frühjahr 2008 geht wohl in die Geschichte ein:

Nach 33 Tagen Streik und Besetzung der Werkstatt, einer breiten Mobilisierung von Gesellschaft und Politik konnten die über 400 Beschäftigten die Restrukturierungspläne der SBB-Direktion erfolgreich bekämpfen und somit den Standort erhalten. Darüber hinaus konnten gar Forderungen durchgesetzt werden wie z.B. die Festanstellung von ca. 50 Temporärarbeitern.

Inzwischen hat sich gezeigt, dass die SBB-Spitze den Frontalangriff nur hinaus schob. Zwar wurden die Bedürfnisse der Werkstatt in Bellinzona regelmässig zwischen der Direktion des Unternehmens und dem Streikkomitee an einem sogenannten „Runden Tisch“ besprochen, die wichtigen Entscheide wurden aber anderswo gefällt.

Mitte 2011 verhandelte die SBB mit den Gewerkschaften SEV und transfair und über die Köpfe der über 27'000 SBB-Beschäftigten hinweg die Erneuerung des Gesamtarbeitsvertrages (GAV).

Wesentlicher Bestandteil des neuen Vertrages war der Übergang vom Lohnsystem ESP (29-Lohnklassen) zu ToCo (15-Lohnklassen), was eine massive Effektivlohnreduktion (bis zu 20'000 CHF jährlich in gewissen Fällen) und eine krasse Öffnung der Lohnschere innerhalb der SBB bedeutet. Immerhin weigerten sich über 6000 Beschäftigte schweizweit, den neuen Arbeitsvertrag zu unterzeichnen. Ob dieser „individuelle Protest“ in eine kollektive Mobilisierung mündet, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar. Sicherlich könnten die Beschäftigten der Officina Bellinzona hier eine Vorreiterrolle spielen.

Nachdem in den letzten beiden Jahren wieder vermehrt Temporärarbeiter angestellt wurden, um die stark gestiegenen Aufträge von SBB Cargo bewältigen zu können, soll das Arbeitsvolumen beim Unterhalt der Güterwagen nun ganz kurzfristig und massiv reduziert werden. Dieser Entscheid

von SBB Cargo im November 2011 ist ein eigentlicher Frontalangriff auf die Werkstatt in Bellinzona, der früher oder später zu einer Schliessung des Werkes führen würde – die gleichen Pläne also, welche die SBB-Direktion schon 2008 umsetzen wollte und die zum bekannten Widerstand führten, werden neu aufgegleist. Die Belegschaftsversammlung der Officina Bellinzona hat als erste Antwort auf diesen Angriff eine Resolution verabschiedet und die SBB-Direktion aufgefordert, den Entscheid zurückzunehmen. Wir haben diese Resolution auf Deutsch und Französisch übersetzt, damit die neueste Entwicklung über die kantonalen Grenzen hinaus bekannt gemacht wird und sich eine breite Solidarität mit der Belegschaft der Officina Bellinzona organisieren kann.

Netzwerk Arbeitskämpfe

Resolution der Belegschaftsversammlung

der SBB-Werkstätten (Officine) von Bellinzona vom 24.11.11

Anlässlich ihrer Versammlung haben die Beschäftigten der SBB-Werkstätten (Officine) von Bellinzona von der ernstesten Lage Kenntnis genommen, die als Folge der für 2012 geplanten Abnahme des Arbeitsvolumens eingetreten ist. Kurz vor Jahresende stehen wir vor der – aus naheliegenden Gründen (Konsolidierung des Budgets, Prozessdefinition usw.) – schwierigen Aufgabe, kurzfristige Lösungen zu finden, um rund 42 % der Arbeitsstunden aufzufüllen, die im Güterwagenunterhalt fehlen; 70 % dieser Stunden (ungefähr 90'000 Stunden) sind durch einen Rückgang der Wartungsaufträge seitens SBB Cargo verschuldet.

Diese Entscheidung hätte schlimme Folgen für die Beschäftigung in den SBB-Werkstätten (Officine) von Bellinzona, da sie viele andere Abteilungen schwächen und rund hundert Arbeitsplätze gefährden würde. Eine derart umfassende Kürzung im Güterwagenbereich nähert uns gefährlich der minimal erforderlichen Arbeitsmenge,

um die SBB-Werkstätten (Officine) von Bellinzona überhaupt weiterzuführen (finanzielle Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit usw.), und gefährdet damit auch die Verwirklichung des Kompetenzzentrums.

Es liegt auf der Hand, dass die Beschäftigten der SBB-Werkstätten (Officine) von Bellinzona diese Aussicht nicht hinnehmen können, die weder mit den Vereinbarungen übereinstimmt, die zum Zeitpunkt des Übergangs der SBB-Werkstätten (Officine) von Bellinzona von SBB Cargo zum SBB Personenverkehr getroffen

wurden, noch mit der Bekräftigung des Geistes des Vertrauens, der mit den Abkommen von 2008 begonnen hatte, noch viel weniger mit den bisherigen Gesprächen im Rahmen des Runden Tisches. Aus diesen Gründen werden

(weiter auf Seite 6)



Officine Bellinzona (von Seite 5)

sich die Beschäftigten der SBB-Werkstätten (Officine) von Bellinzona mit allen Mitteln dafür einsetzen, die fehlende Arbeit zu überbrücken, indem sie als Erstes den Rückzug des Entscheides von SBB Cargo verlangen. Der Gemeinderat von Bellinzona in corpore hat sich bereits öffentlich verpflichtet, jede Initiative der Beschäftigten der SBB-Werkstätten (Officine) von Bellinzona zu unterstützen, die zur Lösung dieser Situation geeignet ist.

Im Hinblick darauf verlangen die Beschäftigten der SBB-Werkstätten (Of-

ficine) von Bellinzona, mit Datum vom 24.11.2011, von den SBB:

- 1. Rückzug des Entscheids von SBB Cargo bezüglich der für 2012 vorgesehenen Arbeitsvolumina in den SBB-Werkstätten (Officine) von Bellinzona.*
- 2. Ein dringendes und kurzfristiges Treffen mit SBB Direktor A. Meyer und mit dem SBB Verwaltungsratspräsidenten U. Gygi, zwecks Überprüfung der Situation der SBB-Werkstätten (Officine) von Bellinzona und der Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen.*

- 3. Die Umsetzung der Rahmenbedingungen, die erforderlich sind, damit die SBB-Werkstätten (Officine) von Bellinzona Aufträge ausserhalb der SBB und von SBB Cargo annehmen können, wie das stets vom Personal der SBB-Werkstätten (Officine) von Bellinzona gefordert und auch von den SBB verlangt wurde.*

Die Beschäftigten der SBB-Werkstätten (Officine) von Bellinzona werden sich so bald als möglich in einer ausserordentlichen Betriebsversammlung treffen, um die oben aufgestellten Forderungen zu erörtern.

Swissprinters schliesst weiter

Der Schliessungsentscheid für die Swissprinters-Standorte Zürich und St.Gallen ist nun definitiv. Es wurde ein Partnerschaftsvertrag mit Neidhart + Schön abgeschlossen. Diese übernehmen den Bogenoffsetdruck inklusive Aufträge und Kundenstamm sowie 45 der 74 Arbeitnehmenden des Druckzentrums Schlieren.

Swissprinters, die Tochtergesellschaft von Ringier, NZZ und Edipresse beschloss im Sommer den Fertigungsbereich nach Zofingen zu verlagern, was die Schliessung des Betriebes in Stengelbach und den Abbau von 28 Vollzeitstellen per Ende Jahr bedeutet.

Nun schliessen auch die Tore der Druckzentren in Zürich und St.Gallen. Rund 150 Stellen fallen der Umstrukturierung des Medienriesens zum Opfer. Die Produktion der beiden Betriebe soll im Juni 2012 eingestellt werden.



Syndicom: Partnerschaft „positiv“

Syndicom bewertet die Vertragspartnerschaft von Swissprinters mit Neidhart + Schön als positiv. Unabhängig der Tatsache dass das Unternehmen nicht dem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt ist und die wenigen Arbeitnehmenden die so nicht in die Arbeitslosigkeit fallen sich eventuell. mit tieferen Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen zufrieden geben müssen.

Streik für Sozialplan

Während in Zürich alles ruhig blieb, kam es in St.Gallen zu einer eher kurzen Arbeitsniederlegung in der Abteilung Rotationsdruck. Die Geschäftsleitung konnte dieses Problem jedoch schnell aus der Welt schaffen. Sie versicherten den Drucker_Innen, den Sozialplanverhandlungen über eine Wertschätzung

ihrer langjährigen Arbeit, also den Abgangsentschädigungen, eine Chance zu geben. Der Schwerpunkt liegt klar beim Sozialplan. Syndicom will das Swissprinters ihre Angestellten bei der Suche nach einer neuen Stelle unterstützt und ihnen wenn nötig eine Umschulung ermöglicht. Anscheinend haben sich alle mit der Schliessung abgefunden.

Druckerei ohne Druckmaschinen

Es kam nicht überraschend, dass kein Nachfolger für die Standorte gefunden wurde. Swissprinters wollte unbedingt verhindern, dass ihre Maschinen der Konkurrenz in die Hände fallen. So lachhaft es auch klingen mag, sie wollten eine Druckerei ohne Druckmaschinen verkaufen. Die Maschinen werden ins Ausland verkauft.

Swissprinters: „ohne Syndicom“

Des Weiteren weigert sich Swissprinters „direkt“ mit Syndicom zu verhandeln. Der Gewerkschaftsapparat hat die Angelegenheit erfolglos zur Präsidiumssache gehoben um diese Situation zu verhindern. Die Vorschläge der Geschäftsleitung werden jetzt gezwungenermassen direkt von den Arbeiter_Innen an der Betriebsversammlung diskutiert und beurteilt. Ein schwerer Rückschlag für die ständig propagierte Sozialpartnerschaft und eigentlich eine grosse Chance für die Lohnarbeiter_Innen. Wir können nur hoffen, dass sie nicht zu stark auf Funktionäre und Geschäftsleitung vertrauen und beginnen ihre Zukunft selbst in die Hände zu nehmen.

Anina Hoffmann

Der öffentliche Raum - Raumplanung (Teil 3)

Der politische Gehalt / das politische Potential öffentlicher Plätze

Plätze definieren sich über ihr Erscheinungsbild, also über ihre Gestaltung und das Umfeld, sowie über die Personen, welche den Platz benutzen.



Entwurf für die Schützenmatte von 1929

Die letzten Monate waren geprägt von Platzbesetzungen. Neben dem Besetzen gibt es bei diesen Ereignissen wohl nur ein verbindendes Element: Die Unzufriedenheit der Leute, die zu diesem Mittel gegriffen haben. Bei allen anderen Punkten wird mensch keine Einigkeit finden. Darum ist die Überlegung angebracht, was Plätze bedeuten, repräsentieren, oder darstellen sollen.

Im letzten Artikel stand die Schwierigkeit im Vordergrund, Räume abzugrenzen. Verschiedene physische Standorte und Blickwinkel, sowie divergierende Mentalitäten oder Stimmungslagen multiplizieren die Beschreibungs- und Nutzungsmöglichkeiten von ein und demselben Ort. Die Aktivitäten der Akteur_innen überschneiden sich also an einer Stelle. Daraus resultieren die interessanten Fragen zu Kooperation und Toleranz. Im Fazit ging es darum, Räume zu schaffen, die in ihrem politischen Charakter einer Veränderung dienlich sind. Noch einmal: Der Bundesplatz muss nicht ersetzt werden, der Dorf- oder Quartierplatz als lokaler konstituierender Ort dagegen schon¹.

¹ Diese Unterscheidung geht davon aus, dass öffentliche Plätze zutiefst politisch sind und dies auch sein sollen. Nicht im Sinne eines Parlamentes mit viel heisser Luft, sondern als Ort, der die Vielfältigkeit der Gesellschaft repräsentiert und das Miteinander und Nebeneinander aller erlaubt.

Der Bundesplatz ist DAS Symbol für den schweizerischen Bundesstaat. Klar, das Bundeshaus ist dort, doch das meine ich nicht damit. Viel mehr sticht ins Auge, dass der Platz ein Gebäude der direkten Demokratie beheimatet, das Restaurant Café Fédéral, daneben gibt es ein Gebäude des Palavers, das Bundeshaus, und dann nur noch Banken und Finanzinstitutionen, wie die Nationalbank, Valiant, KB, CS und Postfinance. Das Bundeshaus selber wird flankiert von einem Bonzenhotel und dem Haus der öffentlichen Meinung - äh... dem Haus der Medien.

Wo bleibt da der Mensch, die Öffentlichkeit?

Mitten auf dem Platz, dieser ist in seiner Schlichtheit schon fast libertär, zumindest nach innen. Aussen herum hat der (stark reglementierte) Verkehr sein Hoheitsgebiet. Doch der ganze Rest ist einfach leer, Stein und Wasser. Den Besucher_innen stehen zwar keine Sitzgelegenheit, keine Nischen oder Unterstände zur Verfügung, aber gerade weil der Platz so leer ist, müssen alle Nutzer_innen einen eigenen Zweck mitbringen, müssen dem Platz den eigenen Zweck aufdrücken.

Der Staat sieht dies anders. Für das urpolitische Mittel der Demonstration, muss erst Erlaubnis erbettelt werden. Je nach Veranstaltenden muss teure Infrastruktur herbeigeekarrt werden, oder ein paar billige Gitterzäune, die denselben Zweck der Abgrenzung erfüllen, wie ein paar Blumenkübel oder Versorgungsstände. Natürlich fehlen nie ein paar Uniformierte.

Das Beste, weil harmlose und zufriedene Bild, bietet der Platz an schönen Sommertagen, wenn über Mittag Menschen aller Altersgruppen und Provenienzen anwesend sind, sich unterm Wasserspiel tummeln, oder Picknicken. Ein perfekt orchestriertes Bild. „Viel besser“ als einst die Bundesterrasse mit den Junkies für Schlagzeilen sorgte, welche bis vor wenigen Jahren direkt unter den Magistratenzimmern in eine bessere Welt flüchteten.

Heute sind diese Leute auf einen anderen Platz in Bern weg gewiesen worden, auf den Hauptplatz der Randständigen und Minderheiten. Die Schützenmatte dient seit Jahren als Abstellkammer für Unliebsames. Der Platz ist nicht nur für Randständige, er ist auch am Rand zu finden, so prominent der Platz ist, so ist die zentrale Lage nur relativ. Die Neustadt bildet einen effektiven Puffer zur kommerzialisierten Innenstadt, selbst zum Bahnhof dient die Direktverbindung Bollwerk eher als Abschreckung (schmalere Bürgersteige finden sich in Bern kaum noch einmal). Das Einzige, was über die Schütz erschlossen ist, ist das Lorrainequartier, welches aber erst auf der anderen Aareseite beginnt. Normalerweise zu weit zum Laufen.

Wie auf dem Bundesplatz ist die äussere Hälfte für den Verkehr reserviert. Während aber um das Bundeshaus herum fast nichts fliesst, wird rund um die Schütz der ganze innerstädtische Verkehr gelenkt. Auf dieser Insel, schwer zugänglich und mit einem Lärmvorhang versehen, dürfen noch einige nebulöse

(weiter auf Seite 8)

**Dein Chef ein
Arschloch?**



www.chefduzen.ch

Raumplanung 3 (von Seite 7)

Tätigkeiten ihr Versteck finden. Die Aushandlung der Nutzung geschieht jeweils vor Ort. Je nach Tageszeit tummeln sich unterschiedliche Gruppen, mal grösser, mal kleiner auf dem Platz. So verändert sich auch die Stimmung sehr stark und die Möglichkeiten etwas auf dem Platz zu unternehmen.

Doch auch diese Tage sind gezählt. Die Einmischung der Polizei in die Bildung der öffentlichen Meinung, bzw. das Schlechtmachen dieses Perimeters bereitet den Boden für die „Aufwertung“ dieses Freiraumes. Seit Jahren werden Motionen zur Schützenmatte eingereicht, die eine Aufwertung des Areals verlangen. Dabei wird immer wieder von Verwahrlosung gesprochen, die aufgehoben werden muss, und dem Areal wird eine ökonomische Unternutzung attestiert². Nun da das Projekt „Zukunft Bahnhof Bern“ den Bedarf der SBB geklärt hat, kann die Stadt ihren Gestaltungsplan lancieren. Bereits 2009 hat der Gemeinderat einen Planungskredit von 100'000 Franken gesprochen, welcher letztes Jahr auf 210'000 Fr. aufgestockt wurde. Diese Summe soll reichen um ein Baugesuch einzureichen. Der Gestaltungsplan soll noch dieses Jahr lanciert werden, eine private Initiative arbeitet bereits jetzt daran. Momentan läuft ein von der Schindler AG ausgeschriebener Wettbewerb für einen Gestaltungsplan desselben Areals³. Ob das Motto - „Zugang für Alle“ (access for all) eine Lösung bringen wird, die die Reitschule anerkennt, ist noch offen. Entscheidend wird letztlich die Zusammensetzung der Jury sein, die die Eingaben der Architektenteams (aus aller Welt) begutachtet und rangiert.

Das Motto passt sicher zu den Vorstellungen, die ich mit der Schützenmatte verbinde. Wie weit libertäre Aktivist_innen aber auf die Kraft eines Profilierungswettbewerbs hoffen können, bleibt dahingestellt. Wenn dies eine Chance sein soll, dann muss für die Architekt_innen offensichtlich werden, dass politischer Freiraum und die Nutzung des Platzes

miteinander einher gehen. Auch wenn es hunderte sind, ein paar Sauköpfe auf dem Vorplatz machen noch keinen attraktiven Freiraum aus. Gewalt und Drogen werden auch bei sympathisierenden Teams geringe Toleranz finden. Selbst mit guten Absichten versehen trägt der Wettbewerb in erster Linie zu einer Gentrifizierung des Perimeters bei, damit es einen nahtlosen Übergang von Innenstadt zur Lorraine gibt. Schliesslich wollen die Meisten nicht im Wald bummeln gehen, sondern möglichst nahe bei ihrer Loge.

Der Bundesplatz war vor einigen Jahren Gegenstand eines Wettbewerbs, auch da ging es darum einen unästhetischen Parkplatz zu attraktivieren. Die Autos wurden verbannt. Wann und ob dies auf der Schützenmatte geschieht (das wird möglich, wenn der Park and Ride Neufeld ausgebaut wird), ist aber noch nicht sicher. Historisch betrachtet besteht der Platz seit langem. Er war der Reitplatz zur Reitschule und immer wieder Ort politischer Manifestationen. Doch seit den 30er Jahren dämmert er als Parkplatz vor sich hin. Zu dieser Zeit sah die Planung des Bollwerks eine Häuserzeile entlang dem Bollwerk vor (siehe Bild). Was für Morgen angedacht wird, ist noch offen. Dies bietet uns eine letzte Möglichkeit selber aktiv zu werden. Der Raum um die Reitschule ist einer der wenigen Orte, an denen überhaupt noch für Freiräume gekämpft wird. Er zieht

Leute aller Art an. Sie sollten sich bewusst werden, wieso sie an diesen Ort kommen. An einen politisierten Ort.

Die Stadt wird weitere Architekten verpflichten, vielleicht vom ausgeschriebenen Wettbewerb beeinflusst, vielleicht gibt es eine neue Ausschreibung. Gute Architekturteams haben ein Auge auf die gegenwärtige Nutzung. Sie werden aber nicht unsere Wünsche umsetzen. Unter anarcho-syndikalistischer Raumplanung verstehe ich etwas anderes. Die Anreiner_innen setzen sich zusammen, die Nutzer_innen und Interessierte beteiligen sich. Ansprüche und Ideen werden gesammelt und diskutiert. Sie werden zu einem Ganzen zusammengefügt. Wenn eine Einzelperson mit der Gestaltung betraut wird, dann ist die Aufgabe klar. Dann geht es nur noch um eine zusammenhängende Gestaltung der Elemente. Der grosse Wurf – für viele Architekt_innen die höchste Motivation – ist die Aufgabe des Kollektivs. Nicht die einer Einzelperson.

Für die anarcho-syndikalistische Raumplanung ist es essentiell, dass sich die Menschen als Teil des Raumes verstehen und sich dafür einsetzen. Für die Kooperation ist dabei anzuerkennen, dass alle anderen dieselbe Rolle einnehmen, wenn auch mit ganz anderen Absichten.

s.deo



² Siehe Beutler 2009: Planungsprozess „Boulevard“; Beutler 2005: Verbesserung der Zugangssituation Reitschule; oder Gemeinderat Bern 2011: Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat - Bollwerk: Teilsanierung; Projektierungskredit

³ Den Ausschreibungstext findet ihr unter www.schindleraward.com/20010926/award-press-news

Exkurs: Attraktivität von Plätzen und dem Planungsvorgang

Im Artikel zu öffentlichen Plätzen ist die Schützenmatte als peripher beschrieben. Zentraler Faktor dafür ist die Neustadt, welche als Riegel zur kommerzialisierten Innenstadt dient. Das Bollwerk, mit der hohen Verkehrsdichte erfüllt mit ganz anderen Mitteln dieselbe Aufgabe zum Bahnhof hin.



Reitschule

Der Bereich zwischen Innenstadt und Schützenmatte, die Neustadt zwischen der Fussgängerzone und der Reitschule lässt sich anhand verschiedener Faktoren abgrenzen. Er weist einen eigenen Charakter auf. Doch wie sieht der aus?

Die Stimmung im öffentlichen Raum ist eine schwer zu quantifizierende Grösse. Letztlich kann nicht von einem Zeitpunkt auf den anderen geschlossen werden. Doch sehr oft weisen Strassen und Plätze Regelmässigkeiten auf, die sich im urbanen Bereich meist sowohl im Wochenrhythmus als auch von Jahr zu Jahr wiederholen. Von den Stimmungen wird zwar oft gesprochen, doch so was wie eine Stimmungskarte von Bern gibt es nur in den Köpfen der Planer_innen und der Nutzer_innen. Auf Papier braucht es festhaltbare Grössen. Für die Sanierung und Entwicklung des Bollwerks hat die Stadt Bern einen Studienauftrag vergeben. Die Arbeitsgemeinschaft Boulevard hat 2009 mit dem Bericht von Beutler ihre Aufgabe erledigt. Der Bericht ist ein Beispiel für die Kombination von objektiven Faktoren um ein Gesamtbild zu erreichen. Die Lichtmessung ist eine Möglichkeit.

Dass diese im Raum Bollwerk angewandt wird, ist nicht überraschend, da es sich um dunkle und wenig genutzte Strassen handelt. Zumindest von Fussgänger_innen wird dieses Gebiet, wenn überhaupt, als Transitort verwendet. Eine ruhige Oase findet sich nur vor dem Progr. Der Verkehr nutzt die Strassenschluchten eher intensiv als Durchfahrt und als Parkraum.

Neben der Lux-Messung werden auch die Helligkeit der Fassade, die Öffentlichkeit der Erdgeschoss oder die Sichtachsen dargestellt. Zentrale Faktoren - doch was denken eigentlich die Nutzer_innen dieses Areals? Handverlesen wurden einige Betroffene (Veranstalter_innen oder Mieter_innen) zu einer Diskussion eingeladen. Eine grössere Öffentlichkeit wird das Projekt kaum erhalten, bis es spruchreif ist. Die objektivierte Stimmung anhand der Lichtmessung konnte so also einem vorgegebenen Diskurs verhaftet bleiben. Dunkle Ecken gelten als unsicher und damit unattraktiv, das ist ein Fakt. Licht ist ein sehr zentraler Faktor für unser Wohlbefinden, doch mit mehr Strassenlaternen ist es in diesem Bereich nicht getan. Als

Lösung nach mehr Licht zu verlangen, klingt deutlich weniger überzeugend. Vor Ort müssen spezifischere Massnahmen her. Als Planer_In wäre es wohl einfacher nach Wunsch Vertreter_innen zu sich zu laden, ihnen die Themen vor zu setzen und dann auch in ihrem Namen zu handeln. Eine wirklich offene Gestaltungsplanung fängt vielleicht mit Lichtmessungen an, aber nur um Hintergrundmaterial zu bekommen, von dem aus die Betroffenen sachlich diskutieren können.

s.deo

www.direkteaktion.org		Direkte Aktion
		[mehr als nur eine Zeitung]
	Probeheft gratis! da-abo@fau.org	

Arbeitslos

Ich war mal wieder arbeitslos
genauer zu faul um am morgen aufzustehen
und meinen arsch richtung baustelle zu bewegen
vorallem weils meist noch dunkel war und arschkalt

aber
vielleicht war ich ja nicht zu faul nur ging mir die stimmung
auf den baustellen auf die nerven oder halt beides

die zeit dachte ich mir kann ich auch anders verbringen
vielleicht damit dass ich mal wieder stempeln gehe
was für mich als arbeitsscheuer veteran nicht allzu schwierig
werden würde

so stand ich nun vor dem arbeitsamt in einer reihe mit einigen
anderen die alle darauf warteten dass der mensch in dem büro
dass man hier expressschalter nannte ihnen auf eine kleine graue
karte einen stempel machen würde der sie dazu berechtigte in
einem anderen büro die graue karte vor zuweisen damit daraus
dann oh wunder geld werden würde

das ganze prozedere kannte ich bereits
wie gesagt ich bin so etwas wie ein veteran
geprüft durch das sitzen auf harten bänken auf dem
arbeitsamt und gehen durch längere gänge und
wieder sitzen diesmal auf etwas besseren stühlen
vor der bürotüre der arbeitslosenkasse

mit was ich nicht gerechnet hatte war dass auch auf den gängen
der arbeitslosenkasse so etwas wie gedränge herrschte und sie
sogar für die sicherheit einen kleinen furzer in uniform hingestellt
hatten der mir irgendwie etwas zu griesgrämig vorkam

nun war ich natürlich auch ein richtiges gewerkschaftsmitglied
und als solcher an etwas bevorzugter behandlung gewöhnt schliesslich
bezahlte ich sie manchmal auch ordentlich wie es sich gehörte
als ging zu meinem hihi funktionär mit der bitte oder mit der aufforderung
mich da an dem griesgrämigen vorbei zu ... usw.
natürlich machte er das und ein anderer bürolist maulte dann was von
und so weiter aber ich war schon wieder draussen wieder auf der anderen
seite vom gang wo ich dann meinem kumpel die hand schüttelte
ihr solltet da wirklich lieber den kleinen furzer in uniform wegmachen
das gibt sonst nur böses blut bei den arbeitslosen
jaja das besprechen wir an der nächsten sitzung da wird der dann abgezogen
was zum glück dann auch geschah

wenn man bedenkt dass es leute gibt die selbst als arbeitlose
eine bevorzugte behandlung haben wundert es mich nicht
das die auf der kasse einen kleinen furzer in uniform hingestellt
hatten

von: Hans Marchetto

Des Bürgers Antwort

weg
geht endlich
hier könnt ihr nicht
also ich
würde ja gerne
aber
das Gesetz
ihr wisst ja
mir sind die Hände gebunden
kann man nichts machen

also
los
husch
geht wieder
dorthin, wo ihr her kamt

von: Niedzwiedz

Warten – eine Analogie

Menschen kleben in
Hauseingängen
wie Wespenester
an den Dächern

niemand will sie

niemand will bleiben

warten aufs Tram
im Regen
eine Analogie
zur Asylpolitik

von: Niedzwiedz

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzdrukken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

Hungerspiele: Totbringende Reality-Show

Nordamerika wurde durch Kriege und Naturkatastrophen zerstört. Aus den Trümmern entsprang Panem.

Panem bestand anfangs aus 13 Distrikten und der Regierung, dem Kapitol. Als sich die Distrikte zusammenschlossen und sich gemeinsam gegen das despotische Kapitol auflehnten liess die Regierung als Warnung den Distrikt 13 dem Boden gleich machen. Es gab keine Überlebende und das Gebiet ist heute noch verstrahlt.

Um die unterdrückte Bevölkerung regelmässig daran zu erinnern, dass alle Versuche gegen sie vorzugehen chancenlos sind, veranstaltet das Kapitol jährlich sogenannte Hungerspiele. Dafür werden aus jedem Distrikt je ein Mädchen und ein Junge im Alter zwischen 12 und 18 Jahren ausgelost. Diese, meist unfreiwilligen Spieler_Innen, werden Tribute genannt. Die Spiele sind aufgezogen wie eine Reality-Show und alle Bewohner_Innen von Panem müssen zusehen. Die 24 Tribute werden jeweils in eine neue Arena gestellt, wo sie ungewohnten Bedingungen ausgesetzt sind wie z.B. heisse Wüste oder eisige Kälte (wobei sich die eisige Kälte nicht bewährt hat, zu viele Spieler_Innen sind einfach verfroren und es gab beinahe keine Kämpfe und Blutbäder, was die Bewohner_Innen des Kapitols nicht gerade erfreute). Der/die letzte Überlebende ist der/die Gewinner_In.

Das Buch beginnt im Distrikt 12. Hier, im wahrscheinlich ärmsten Distrikt, befinden sich die Kohleminen von Panem. Selbst der Schulunterricht beschäftigt sich neben

der Geschichte von Panem aus Sicht des Kapitols, ausschliesslich auf Kohle.

Fünf Jahre ist es her, dass der Vater der mittlerweile sechzehnjährigen Katniss bei einer Explosion in den Minen starb. Als Entschädigung für seinen Tod erhielt die Familie einen Monatslohn und eine Tapferkeitsmedaille. Die Mutter wurde krank und so muss Katniss für die Familie sorgen.

Das Betreten des Waldes ist strengstens verboten und auf den Besitz von Waffen steht die Todesstrafe. Dennoch schleicht sich Katniss täglich durch ein Loch im Zaun, welcher zum Glück meist nicht unter Strom steht, und jagt mit Pfeil und Bogen. Sie hasst das Kapitol, die „Friedenswächter“ und die Hungerspiele. Im Wald fühlt sie sich frei, hier kann sie sagen was sie will ohne den Tod ihrer Familie zu riskieren.

Jedes Kind das für die Hungerspiele gezogen werden kann, hat die Möglichkeit eine beliebige Anzahl von sogenannten Tesserasteine für sich und seine Familie zu beziehen. Diese Steine entsprechen einer mageren Jahresration bestehend aus Getreide und Öl. Mit jedem Stein kommt ein zusätzliches Los für das Kind in den Topf. Daher hat Katniss mittlerweile 20 Lose. Umso geschockter ist sie als Prims Name gezogen wird, welche nur ein einziges Los hatte. Sie meldet sich freiwillig an Stelle ihrer kleinen Schwester an den Spielen teilzunehmen.

Der erste Teil der Jugendbuchtrilogie hat mich voll überzeugt. Ich wollte ursprünglich nur vor dem Schlafengehen ein paar Seiten lesen. Acht Stunden später war

das Buch fertig und ich brannte auf den nächsten Band. Zuerst hatte mich der distanzierte Schreibstil gestört, welcher nicht zulässt, dass einem das Geschehen zu nahe kommt. Bald wurde mir klar dass der Inhalt nur durch diesen Schreibstil als Jugendbuch heraus gegeben werden konnte.

Den zweiten und den dritten Teil der Reihe kann ich ebenfalls wärmstens empfehlen. Hier nimmt ein neuer Aufstand seinen Lauf. Leider beschränkt sich die Vorstellung der Aufständischen auf eine demokratisch gewählte Regierung, dennoch scheint die Hauptprotagonistin am Ende zu erkennen, dass so nur eine Herrschaft durch eine andere ersetzt wird.

Das erste Buch wurde gerade verfilmt und kommt voraussichtlich nächstes Frühjahr in die Kinos.

Eine spannende, leichtleserliche Lektüre, welche bei weitem nicht bloss ein Jugendbuch ist.

Anina Hoffmann

Zum Buch:

Die Tribute von Panem
Band 1 Tödliche Spiele



Suzanne Collins
Oetinger, 2009
Ab 14 Jahren
414 Seiten
(grosse Schrift)
978-3-7891-3218-6
Originaltitel:
The Hunger Games

September/Oktober 2009

di schwarzi chatz

Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz
www.fau.ch | info@fau.ch

„Legale Illegale“

Von Jagdschützern und anderen...
...die sich auf die Jagd...
...die sich auf die Jagd...
...die sich auf die Jagd...

ArbeiterIn

Die Arbeit ist zu schwierig...
...die Arbeit ist zu schwierig...
...die Arbeit ist zu schwierig...

Was dem Ich ist

„Legale Illegale“...
...die Arbeit ist zu schwierig...
...die Arbeit ist zu schwierig...

abonnieren?

- Ich möchte die Direkte Aktion und di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 50.- oder mehr)
- Ich möchte nur di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 25.- oder mehr)
- Ich möchte folgende Anzahl Ausgaben von di schwarzi chatz abonnieren (6x1 Ausgaben für 25.-, 6x1 mit DA 50.-, je weiteres Exemplar schwarzi chatz 5.-).

Anzahl: _____

Vorname, Name: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Einsenden an:
di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 636
3000 Bern 25

oder:
zeitung@faubern.ch

Über uns...

Das Ziel der Anarchosyndikalist_Innen ist eine ausbeutungsfreie, herrschaftslose und auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft.

Wir denken, dass es unmöglich ist, unsere Interessen mit StellvertreterInnen-Politik, wie sie zum Beispiel von Parteien, Kirchen und reformistischen Gewerkschaften betrieben wird, durchzusetzen. Daher lehnen wir die Vertretung unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da es in solchen Organisationen immer ein Machtgefälle zwischen „einfachen“ Mitgliedern und der Zentrale gibt.

Uns schwebt viel mehr eine Föderation lokal verankerter Gewerkschaften ohne Funktionär_Innen vor, die allen, die ihre Dienste nötig haben, Hilfe zur Selbsthilfe bietet.

Um unsere Ziele durchzusetzen, dienen uns die Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Streiks, Besetzungen, Boykotte, etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit ab. Alle, die in diesem Sinne mitarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Das gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftssystem zieht seine Macht aus der Kontrolle über die Produktionsmittel und aus der tagtäglichen Ausbeutung der Arbeitenden. Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus an seiner Wurzel. Damit die Kämpfe Erfolg haben können, müssen sie aber mit Kämpfen in anderen gesellschaftlichen Bereichen verknüpft werden.

Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an: info@faubern.ch.

Die Zeitung betreffende Kommentare und Ähnliches an: zeitung@faubern.ch.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol benutzt.



Der Lohn

Es gilt: Zuerst die Arbeit, dann der Lohn. Es ist eine Auszahlung pro Stunde, Tag oder Monat möglich. Wenn ein Stundenlohn vereinbart wird, muss der Ferienanteil separat vom Bruttolohn ausgewiesen werden.

Mindestlohn

Es gibt keinen gesetzlichen Mindestlohn, aber es gelten folgende Regeln:

- In jedem Kanton gibt es „tripartite Kommissionen“, welche den Arbeitsmarkt beobachtet und bei Missbräuchen (z.B. zu tiefe Löhne) aktiv wird. Informationen geben kantonale Wirtschaftsdepartemente (z.B. in Bern das Beco)

- In den Gesamtarbeitsverträgen (GAV) werden oft Mindestlöhne festgelegt (z.B. Bau, Gastgewerbe, Reinigung), ebenso in Normalarbeitsverträgen (NAV, z.B. Hausangestellte).

- Frauen und Männer müssen für gleichwertige oder gleiche Arbeit denselben Lohn erhalten

Nützliche Adressen:

Berechnung branchenüblicher Löhne unter:
www.lohn-sgb.ch oder www.lohngleichheit.ch
(Vergleich Löhne Frauen-Männer)

Lohnabzüge

Folgende Lohnabzüge müssen obligatorisch vom Bruttolohn abgezogen werden:

AHV/IV/EO	5.15%
Arbeitslosenversicherung (ALV)	1.1%
Unfallversicherung (UVG)	1.42-2%

Pensionskasse (2. Säule) BVG: je nach Kasse und Alter

ALV:

0.5% auf dem Teil des Einkommens, das Fr. 126 000.- bis zu einer Grenze von Fr. 315'000.- beträgt. Keine Beiträge für Einkommensteile ab 315'000.-.

BU/NBU:

je nach Branche und Geschlecht

Je nach Vertrag und Branche können zusätzlich folgende Beträge abgezogen werden:

Krankentaggeldversicherung 0.5-2.1%
Gewerkschaftsbeitrag 0.5-1% (In Branchen mit GAV)

Quellensteuer:

Abhängig vom Einkommen und familiären Pflichten, für alle Ausländer ohne Bewilligung C (Ausnahme: Ehegatten von Personen mit Bewilligung C oder SchweizerInnen) Asylkostenabzug: Auch Sicherheitskonto genannt; Während dem Asylverfahren werden 10% vom Brutto-Lohn abgezogen und für allfällige Fürsorgekosten, Rückführungskosten, etc. reserviert. Seit dem neuen Asylgesetz (2008) werden solange Abzüge gemacht, bis das Konto 15'000.- enthält (Stand 2009) oder die Person eine andere Bewilligung bekommt. Es gibt keine Auszahlung der nicht verwendeten Überschüsse mehr!

13. Monatslohn

Der 13. Monatslohn ist nicht vom Gesetz her vorgeschrieben. Wo es ihn aber gibt, ist er ein fester Lohnbestandteil. Die Gratifikation ist eine freiwillige Leistung. Wenn sie regelmässig ausbezahlt wird, kann es aber aus Gewohnheitsrecht zu einem Anspruch kommen.

Teuerungsausgleich

Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten wird oft durch eine Anpassung der Löhne ausgeglichen. Allerdings besteht nur dann eine Verpflichtung, wenn dies im GAV oder im Arbeitsvertrag festgehalten ist. Einige GAV erlauben es den Arbeitsgebern, je nach wirtschaftlicher Situation nur einen Teil des Teuerungsausgleichs weiterzugeben.

Kontakt

FAU Bern
www.faubern.ch
info@faubern.ch

FAU Zürich
www.fauzuerich.ch
info@fauzuerich.ch

di schwarzi chatz/DA-Abos
zeitung@faubern.ch